Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechsundneunzigster Jahrgang.

Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Kreckner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.

Nr. 769.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 2. November. 1889.

Amtliches.

Berlin, 1. Novbr. Der König hat genehmigt, daß der Landgerichts-Direktor Kob zu Meseritz in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht 1 in Berlin versetzt werde.

Der König hat den Gerichtsassessor Verbrodt in Berlin zum Amtsrichter in Querfurt, und den Gerichts-Assessor Dr. Noack zu Berlin zum Amtsrichter in Kottbus ernannt.

Der König hat dem Regierungs-Sekretär Schütz zu Minden aus Anlaß seines Uebertritts in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrath und dem praktischen Arzt Dr. Bosse zu Domnau im Kreise Friedland den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der König hat in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Stettin getroffenen Wiederwahl den bisherigen Ersten Bürgermeister dieser Stadt, Ober-Bürgermeister Haken, in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt.

Der Regierungs-Baumeister Stooff in Oppeln ist zum königlichen Land-Bauinspektor ernannt und demselben eine technische Hilfsarbeiterstelle bei der königlichen Regierung daselbst verliehen worden.

Der Zweite Präparandenlehrer Ulbrich von der Präparandenanstalt zu Rogasen ist unter Beförderung zum ordentlichen Seminarlehrer an das Schullehrer-Seminar zu Exin und der Hilfslehrer Lukisch von der letzteren Anstalt als Zweiter Präparandenlehrer an die Präparandenanstalt zu Rogasen versetzt worden.

Der Rechtsanwalt Pohl in Gleiwitz ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gleiwitz ernannt worden.

Dem Konsistorialrath Balan in Berlin ist die bei dem königlichen Konsistorium zu Posen erledigte Rathsstelle verliehen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, den 2. November.

Der Bundesrath hat in seiner Plenarsitzung am vergangenen Donnerstag das Bankgesetz angenommen. Wie man hört, hätten die Ausschußberathungen über diesen Gegenstand einen großen Umfang angenommen. Das Gesetz wird voraussichtlich unmittelbar an den Reichstag gelangen und die erste Lesung wohl im Laufe der nächsten Woche stattfinden. Die Ausschußberathungen im Bundesrath werden sich, wie die „Voss. Ztg." meint, in der Hauptsache zunächst mit dem Gesetze über die subventionirte Dampferlinie von Hamburg nach Ostafrika zu beschäftigen haben.

Ueber die Stellung des Zentrums zum Sozialistengesetz schreibt die „Germania": „Die Stellung des Zentrums zur Vorlage in ihrer jetzigen Gestaltung ist eine ablehnende, und auch bei gründlichen Besserungen könnte die Annahme seitens des Zentrums nur auf begrenzte Zeit stattfinden." Die „National-Zeitung" hält es für zweifelhaft, ob diese Erklärung für die gesammte Partei gilt.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" erwähnten dieser Tage das Gerücht, daß der apostolische Stuhl dem zum Erzbischofe von München vom Prinz-Regenten ernannten Bischof Thoma die Bestätigung versagen werde. Das Fränk. Volksbl. glaubt das Gerücht auf folgende Thatsache zurückführen zu können. Bei der Nominirung sei diesmal ein Formfehler gemacht worden, insofern nicht vorher die sonst übliche Anfrage nach Rom gerichtet worden sei, dies werde die Kurie veranlassen, deshalb eine prinzipielle Kundgebung zu veranstalten. Sonst sei nämlich eine vorgängige Anfrage stets bei der Kurie auf vertraulichem Wege erfolgt. Diesmal hätten solche die bayerischen Regierungskreise unterlassen, was in Rom als „unkirchlicher Vorgang" lebhaftes Befremden, ja das Gefühl der Kränkung, wachgerufen habe. — Die „Nachrichten" erfahren hierzu von zuständiger Seite, daß es auch bisher nicht in der Uebung der bayerischen Staatsregierung lag, in Rom vor der Ernennung neuer Bischöfe vertrauliche Fühlung zu nehmen. Der „Hannöversche Courier" erhält die gleiche Angabe, indessen mit dem Zusatz, der Vatikan habe die Anfrage in Rom vor den Bischofs-Ernennungen häufig verlangt, die bayerische Regierung sei aber nicht darauf eingegangen, weil das Konkordat zu deutlich sei.

Mit besonderer Genugthuung berichtet die „Kreuzztg." über den bekannten Beschluß der konservativen Partei. In diesem Beschlusse ist auch die Rede davon, den Kartellgedanken über die ursprüngliche Begrenzung und Bedeutung und über die gegenwärtige Parteigruppirung hinaus zu erstrecken. Die „Kreuzztg." konstatirt, daß sich dies auf die Heranziehung von Mitgliedern des Zentrums zur Kartellverbindung bezieht. Die „Kreuzztg." weist darauf hin, daß gleichzeitig mit jenem Artikel im Mai 1888 von der konservativen Zentralstelle aus ein Aufruf an die Parteigenossen gerichtet wurde, in welchem es heißt, „daß auf allen politischen und wirthschaftlichen Gebieten der Schaden der Parteiannäherungen größer sein werde, als ihr Nutzen, wenn wir aufhören wollten, das, was unser eigen ist, selbständig, treu und unentwegt weiter zu pflegen und so wie bisher auch ferner die Ideen in ungetrübter Reinheit und Triebkraft zu erhalten, die in den letzten fünf Jahren mehr und mehr auch von Seiten anderer Parteien Anerkennung und Aneignung gefunden haben und in deren propagandistischer Vertretung, bis diese Eroberung und Angliederung anderer Parteirichtungen vollendet ist, die über das gewöhnliche Fraktionsgetriebe weit hinausgreifende Aufgabe der konservativen Partei besteht." — Hiernach erscheint der „Kreuzztg." die Bedeutung des Kartells nunmehr genügend in einem der Auffassung der „Kreuzzeitung" entsprechenden Sinne aufgeklärt.

Als die freisinnige Partei unter anderen Anträgen auch den Antrag Schrader-Richter einbrachte, durch welchen der Reichskanzler aufgefordert werden soll, über die Ausdehnung der Ausnahmetarife auf die ausländischen Kohlen eine Untersuchung zu veranlassen, zweifelte die „Nat.-Ztg.", ob der Antrag ernst gemeint sei, da die Sachverständigen, d. h. die inländischen Bergwerksbesitzer denselben für unangebracht hielten; die „Post" bezeichnete den Antrag als auf die wahlagitatorische Ausbeutung des Steigens der Kohlenpreise gerichtet. Jetzt hat die „Köln. Ztg." herausgebracht, daß die Angelegenheit bereits seit einer Reihe von Wochen in den maßgebenden Kreisen der Staatseisenbahnverwaltung der eingehendsten Erörterung unterzogen wird und insinuirt, daß die freisinnige Partei davon Kenntniß gehabt habe. Nun fehlt nur noch, daß man gegen die Urheber des Antrags eine Untersuchung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses einleitet.

Das dänische Zollgesetz stammt aus dem Jahre 1863; es bedarf daher kaum der Erwähnung, daß viele Bestimmungen desselben veraltet sind und auf die heutigen Verkehrsverhältnisse nicht mehr passen. Die dänische Volksvertretung hat die nachtheiligen Wirkungen des alten Zolltarifs auf das wirthschaftliche Leben oft genug hervorgehoben, die Regierung aber, von ihren Befestigungsplänen in Anspruch genommen, für Reformen auf diesem Gebiet nie Zeit gefunden. Endlich, in der gegenwärtigen Tagung des Reichstages, hat der Finanzminister Estrup einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den eine Anzahl veralteter Bestimmungen abgeändert werden. Ein gestern telegraphisch verbreiteter Bericht hat darüber nähere Mittheilungen gemacht. Worauf es der Regierung bei der Vorlage ankommt, hat der ihr nahestehende und ergebene Kopenhagener Korrespondent der „Hamb. Nachr." verrathen. Er schloß dieser Tage eine Mittheilung über die neue Vorlage, welche zuerst der Ersten Kammer zugehen sollte, mit folgendem Satze: „Wie gering die Aussichten auf eine Verständigung beider Kammern des Reichstages in dieser Reformfrage zur Zeit auch sein mögen, so bleibt doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Vorlage im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen nicht ohne Einfluß auf diese sein dürfte, wenn auch die Vorlage selbst ganz unberechenbaren Schwierigkeiten begegnen kann." Hieraus erhellt wohl zweifellos, daß Estrup kaum darauf rechnet, daß sein Entwurf Gesetzeskraft erhält, aber mit desto größerer Bestimmtheit erwartet, daß er einen Theil der oppositionellen Wähler in das Regierungslager führt. Den Einfluß der Vorlage auf die Wähler kann man abwarten, da die Wahlen spätestens am 28. Januar erfolgen müssen. Weshalb die Linke im Folkething aber schwer für die Annahme des Gesetzes zu gewinnen sein soll, ist unerfindlich; daß das Ministerium die Verfassung verletzt hat, kann die Opposition doch nicht hindern, ein Gesetz zu genehmigen, welches die Steuern ermäßigt, selbst wenn sie die einzelnen Bestimmungen abzuändern wünschte.

Vor dem obersten Gerichtshof in Madrid beginnt in wenigen Tagen der Prozeß gegen den früheren spanischen Botschafter in Berlin, den Grafen Benomar, der, wie wir seiner Zeit mitgetheilt haben, angeklagt ist, dem Führer der konservativen Opposition, Canovas del Castillo, Staatsschriftstücke mitgetheilt und in Berlin amtliche Handlungen eines Botschafters noch ausgeübt zu haben, nachdem er bereits abgerufen und sein Nachfolger ernannt worden war.

Von Wien aus werden durch allerhand Offiziöse geheimnißvolle Andeutungen darüber gemacht, daß Fürst Ferdinand von Bulgarien für seine Unterthanen große Ueberraschungen bereit habe, die er denselben jedoch erst nach seiner Ankunft in Sofia, wenn möglich bei der am nächsten Sonntag stattfindenden Eröffnung der Sobranje mittheilen wolle. Diese Eröffnung ist bekanntlich um acht Tage verschoben worden, da der Fürst zum 27. Oktober nicht in Sofia zurück sein konnte. Stambulow sind dadurch große Unbequemlichkeiten verursacht worden, denn die bereits in der Hauptstadt eingetroffenen Abgeordneten bestürmen ihn mit Fragen. Als ein bedeutsames Ergebniß der Reise des Fürsten durch Europa wird eine Versöhnung desselben mit seinen Verwandten bezeichnet; keiner habe ihm mehr gerathen, das bulgarische Abenteuer aufzugeben, vielmehr seien jetzt selbst Diejenigen, welche früher die stärksten Zweifel ausgesprochen hätten, davon überzeugt, daß es dem Fürsten Ferdinand gelingen werde, sich in Bulgarien zu halten, zumal die Staatsmänner, „welche für den Frieden Europas verantwortlich sind", versichert hätten, daß ein Verzicht des Koburgers auf die bulgarische Krone in eine Periode höchst gefährlicher Verwicklungen führen würde. Außer diesem Vertrauen seiner Verwandten und der bekannten Anleihe soll Fürst Ferdinand auf seiner Reise auch eine Braut gefunden haben: nämlich die 20 Jahre alte Prinzessin Louise von Orleans, Tochter des Herzogs von Alençon und Nichte der Kaiserin von Oesterreich. Man hat, wie der „National-Zeitung" aus Wien geschrieben wird, vom Koburgschen Fürstenhause in Petersburg angefragt, wie sich der Zar zu dieser Verlobung stelle, und eine Antwort erhalten, welche gewiß keine Ermuthigung sei, aber doch auch nichts Abschreckendes habe. Die Antwort aus Petersburg lautete einfach, daß sich der Zar um nichts kümmern wolle, was in Sofia geschehe; die Leute könnten dort thun, was sie wollten, heirathen oder Revolution machen — er sehe Allem gleichmüthig zu. Diese Antwort scheint in Wien ebenfalls als ein günstiges Zeichen für die Stärkung der Stellung des Koburgers in Bulgarien angesehen zu werden. Anderswo dürfte man in dieser Beziehung weniger optimistisch sein, wie denn überhaupt die Betonung einer habsburgisch-orleanistischen Familienpolitik nicht geeignet ist, der bulgarisch-russischen Opposition das Geschäft zu erschweren.

Deutschland.

*** **Berlin**, 1. November. Bezüglich der Stellung der Mehrheitsparteien des Reichstags zum neuen Sozialistengesetz steht jetzt so viel fest, daß, falls die Nationalliberalen an ihren bisherigen Entschlüssen festhalten, die Vorlage in der jetzigen Form keine Mehrheit findet. Welcher Art die Abänderungen sind, von welchen die Nationalliberalen ihre Zustimmung zu der dauernden Bewilligung des Gesetzes abhängig machen wollen, ist noch nicht zuverlässig bekannt. Man vermuthet, daß dazu auch der Wegfall der Ausweisungsbefugniß gehört. Das Zentrum hat sich vorläufig dahin geeinigt, einer Bewilligung auf die Dauer überhaupt nicht zuzustimmen, auch nicht unter der Voraussetzung weiterer Abschwächungen der Vorlage. Ob die Partei endgiltig an diesem Beschlusse festhält, ist freilich eine andere Frage; immerhin würde die Minorität, welche im äußersten Falle und um das Scheitern des Gesetzes zu verhindern, der dauernden Bewilligung der Vorlage zustimmen möchte, nicht groß genug sein, um mit den beiden konservativen Fraktionen die Annahme der Vorlage herbeizuführen. Uebrigens verlautet, daß auch im Schoße der Reichspartei eine Abänderung der Vorlage, wenn auch nicht seitens des Abg. v. Kardorff, der im vorigen Jahre sogar für die Puttkamerschen Verschärfungen gestimmt hat, befürwortet wird. — — Die Hoffnungen der Agrarier, daß die Reichsregierung sich doch noch zu einer Abänderung des Bankgesetzes in ihrem Sinne herbeilassen werde, sind durch die gestrigen Beschlüsse des Bundesraths, die ohne wesentlichen Widerspruch gefaßt sein sollen, völlig getäuscht worden. Die Bankvorlage enthält nur zwei Artikel, von denen der eine den Vertheilungsmodus des Reingewinns abändert, der andere diese abgeänderte Bestimmung mit dem 1. Januar 1891 in Kraft setzt. Mindestens für den bevorstehenden Kündigungstermin (1. Januar 1890) erscheint es der Begründung zufolge gerathen, die jetzige durch eine langjährige Erfahrung bewährte Organisation der Reichsbank beizubehalten; die Bestimmungen über die Vertheilung des beim Jahresschluß sich ergebenden Reingewinns ändern den § 24 des Bankgesetzes lediglich dahin, daß die ordentliche Dividende, welche den Antheilseignern vorab ausgezahlt wird, also die Verzinsung des Grundkapitals von 4½ auf 3½ Prozent herabgesetzt wird; daß ferner der Betrag desjenigen Prozentsatzes der Gesammtdividende nach dessen Erreichung eine Gewinnbetheiligung des Reichs zu ¾ eintritt, von 8 auf 6 Proz. herabgesetzt wird. Eine derartige Abänderung, heißt es in der Begründung, wird im gegenwärtigen Zeitpunkt noch besonders durch den Umstand nahegelegt, daß der Reservefonds der Reichsbank, der am 31. Dezember 1888 sich auf 24 434 706 M. belief, seinen gesetzlichen Höchstbetrag von 30 Millionen am Schlusse des Jahres 1890 nahezu mit etwa 26 bis 27 Millionen Mark erreicht haben wird und daß der bald eintretende Fortfall der bisherigen Abschreibungen von 20 Prozent des Gewinnes für den Reservefonds eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Dividende der Antheilseigner zur Folge haben wird. Eine Unbilligkeit den Bankantheilseignern gegenüber liege in der Abänderung des Vertheilungsmaßstabes nicht, da ein Papier, für welches eine 3½prozentige Verzinsung unbedingt gesichert ist und eine nicht unbeträchtlich höhere Dividende mit großer Wahrscheinlichkeit in Aussicht steht, einen in dem Verhältniß zu den gesetzlichen Abfindungsansprüchen der Antheilseigner sehr erheblichen Werth repräsentirt. Dieser Werth würde nach der Auffassung des

Bundesrathes den bei Rückzahlung des Grundkapitals und Ausschüttung des Reservefonds sich ergebenden Betrag von etwa 111 Prozent des Nennwerths der Antheilsscheine ohne Zweifel übersteigen. Die Anwendung des § 24 setzt selbstverständlich die Zustimmung der Antheilseigner voraus. Diese herbeizuführen, soll die Generalversammlung zu einem geeigneten Zeitpunkt berufen werden. Sollte diese ihre Zustimmung verweigern, so wird die Regierung mit dem 1. Januar 1891 die sämmtlichen Antheile der Antheilseigner zum Nennwerth übernehmen und sodann weiter erwägen unter welchen Maßgaben die Reichsbank von Neuem einzurichten sein wird. Auf dieser Möglichkeit beruht demnach allein die Hoffnung der Agrarier.

— Bezüglich der **Rückreise des Kaiserpaares** ist es jetzt, der „Lombardia“ zufolge, zweifellos, daß der deutsche Kaiser und seine Gemahlin von **Konstantinopel** aus wieder nach **Monza** kommen und dort mehrere Tage verweilen werden, um zwei Festen im Kreise der königlichen Familie beizuwohnen. Am 11. November ist der Geburtstag des Prinzen von Neapel und am 20. derjenige der Königin Margherita. Kaiser Wilhelm hat in Aussicht gestellt, wenn es irgend thunlich sei, an beiden Festen theilzunehmen. Am 9. November gegen Abend wird das Kaiserpaar über Brindisi in Venedig ankommen, und es gilt fast als zweifellos, daß König Humbert seine Gäste auf den Lagunen persönlich empfangen wird. Auf der Station in Venedig befindet sich schon der kaiserliche Hofzug, der die Herrschaften über Verona direkt nach Monza führen wird. In der königlichen Villa werden bereits Vorkehrungen zum Empfang getroffen. Am 9. d. M. wird auch Herr Crispi in Monza eintreffen. Graf Herbert Bismarck aber dürfte schon von Brindisi aus direkt nach Berlin zurückkehren.

— **Prinz Pfira-ong-Chon-Sinigottinse**, der Vetter des **Königs von Siam**, wird noch vor Weihnachten in Berlin mit seinem Gefolge eintreffen. Gegenwärtig weilt er in Genua, wo er als Gast des königlichen Hauses im Palazzo Reale abstieg. Der Prinz will alle großen Städte besuchen und namentlich die bedeutenden militärischen Etablissements kennen lernen. Von Berlin aus gedenkt er Ausflüge nach Essen zu Herrn Krup, so wie nach Kiel und Wilhelmshaven zu unternehmen. Wie der „Caffaro“ erfährt, dürfte der Prinz mehrere Wochen in Berlin verweilen.

— Am 5. November tritt im Reichsamt des Innern eine Kommission unter Vorsitz des Geheimen Ober-Regierungsraths Lohmann zusammen, welche sich mit der Frage der **Revision der Dampfkessel** beschäftigen wird.

— In der am 31. v. M. unter dem Vorsitz des Königl. bayerischen Gesandten, Grafen v. Lerchenfeld-Köfering abgehaltenen **Plenarsitzung des Bundesraths** fanden zunächst Neuwahlen statt für die Stelle eines ständigen Mitglieds des Reichs-Versicherungsamts, sowie für erledigte Mitgliedstellen bei dem Patentamt und bei dem Kaiserlichen Disziplinarhof. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: Die Vorlage, betreffend die weitere Ausprägung von Einpfennigstücken, der Entwurf eines Gesetzes über die Verwendung von Geldmitteln aus Reichsfonds zur Errichtung und Unterhaltung eine Postdampfschiffsverbindung mit Ostafrika und eine Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze. Mit der Vorbereitung des Sr. Majestät dem Kaiser wegen Wiederbesetzung einer Rathsstelle beim Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschlags wurde der Ausschuß für Justizwesen beauftragt. Von der Uebersicht über den Stand der Bauausführungen und der Beschaffung von Betriebsmitteln für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen nahm die Versammlung Kenntniß, ertheilte dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Bankgesetzes vom 14. März 1875 die Zustimmung und genehmigte den Entwurf zum Besoldungs- und Pensionsetat der Reichsbankbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums für das Jahr 1890. Endlich wurde Beschluß gefaßt über Eingaben wegen Abänderung des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes, wegen Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesammte Glasergewerbe, sowie wegen des Erlasses von Anordnungen gegen einen mißbräuchlichen Geschäftsbetrieb, über den Antrag Preußens, betreffend die Ergänzung der Formulare zu Wander-Gewerbescheinen und über eine Eingabe, betreffend die Einführung eines Feuer-Rettungs-Apparates.

— Offiziös wird geschrieben: „Nach Berichten aus dem **Südwestafrikanischen Schutzgebiet**, welche bis zum 18. September reichen, hat der stellvertretende kaiserliche Kommissar daselbst zwei in Otyimbingue ansässige, in Diensten des bekannten Agitators Lewis stehende **Engländer in Untersuchungshaft** nehmen lassen, weil dieselben die Eingeborenen gegen die deutsche Schutzherrschaft aufzuwiegeln versuchten und den Anordnungen der deutschen Behörden keine Folge leisteten. Nachdem durch Zeugenaussagen die Schuld der Angeklagten festgestellt war, sind dieselben durch eine Verfügung des Reichskommissars vom 14. September vorläufig aus dem Schutzgebiet ausgewiesen. Die von englischen Zeitungen in Kapstadt gebrachte Nachricht, daß in Folge dessen der Häuptling **Maherero** die Deutschen aus seinem Gebiete ausgewiesen und deutsche Missionare als Geiseln zurückbehalten habe, hat sich nicht bestätigt, vielmehr ist nach dem an den erwähnten englischen Agitatoren statuirten Exempel die Ruhe nirgends gestört.“

— Der bereits telegraphisch angekündigte Antrag betreffend **die Wehrpflicht der Geistlichen** ist vom Abgeordneten Freiherrn **von Huene** mit Unterstützung des gesammten Zentrums im **Reichstage** eingebracht worden. Der Antrag hat die Form eines Gesetzentwurfs, dessen einziger Paragraph lautet:

„Wehrpflichtige, welche sich dem Studium der Theologie einer mit Korporationsrechten innerhalb des Gebietes des deutschen Reiches bestehenden Kirche oder Religionsgesellschaft widmen, werden, insofern sie nicht selbst ihre frühere Einstellung in den Militärdienst beantragen, während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des Kalenderjahres, in welchem sie das 26. Lebensjahr vollenden, vorläufig nicht eingestellt. Haben dieselben bis zu der vorbezeichneten Zeit auf Grund bestandener Prüfung die Aufnahme unter die Zahl der zum geistlichen Amt berechtigten Kandidaten erlangt, beziehungsweise die Subdiakonatsweihe empfangen, so sind diese Wehrpflichtigen, falls sie sich nicht selbst zur Ableistung der Dienstpflicht melden, von der Militärdienstpflicht gänzlich befreit.“

In der **Begründung des Antrages** wird bemerkt:

„Das Gesetz betreffend Aenderung der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888 bestimmt in § 13 Absatz 6: „Der Ersatzreserve überwiesene Personen, welche auf Grund der Ordination oder der Priesterweihe dem geistlichen Stande angehören, sollen zu Uebungen nicht herangezogen werden.“ Das Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 bestimmt im 2. Absatz des § 65: „Personen des Beurlaubtenstandes und der Ersatzreserve, welche ein geistliches Amt in einer mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehenden Religionsgesellschaft bekleiden, werden zum Dienste mit der Waffe nicht herangezogen.“ Die Folge dieser Bestimmungen ist, daß Geistliche der bezeichneten Kategorien im Frieden nur in beschränkter Weise, im Kriege dagegen überhaupt nicht zum Dienst mit der Waffe herangezogen werden. Die Ausbildung des Soldaten im Frieden ist aber nicht Selbstzweck, sondern hat die Verwendung im Kriege zum Ziel. Nachdem gesetzlich feststeht, daß die Geistlichen der bezeichneten Art nicht mit der Waffe Verwendung finden sollen, kann ein militärisches Interesse zur Ausbildung derselben im Frieden, d. h. also zur Heranziehung zum aktiven Dienst nicht erkannt werden. Andererseits aber liegen erhebliche Gründe im Interesse der Kirche und der gesellschaftlichen Ordnung vor, die Geistlichen vom Militärdienst zu befreien. Dieselben Erwägungen, welche diese Befreiung früher auf dem Boden der preußischen Gesetzgebung herbeigeführt hatten, haben heute im verstärkten Maße Geltung. Die Zahl der Geistlichen ist herabgemindert, die denselben zur Unterstützung der gesellschaftlichen Ordnung zufallende Aufgabe ist wichtiger und umfangreicher als je zuvor. Ein Antrag im Sinne des vorgelegten hatte in der ersten Lesung der Kommission, welcher das Gesetz betreffend die Friedensstärke des Heeres zur Berathung überwiesen war, mit 20 gegen 8 Stimmen Annahme gefunden. (Reichstag IV. Session 1886/87, Drucksache 46. Seite 30.) In der zweiten Lesung wurde der Antrag mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt. (Ebendaselbst Seite 38.) Um den bei dieser Gelegenheit neu hervorgetretenen Bedenken gerecht zu werden, ist in dem nunmehr vorgelegten Antrage die fakultative Form der Befreiung gewählt.“

— Die „Hamb. Nachr.“ wußten jüngst aus „glaubhafter Quelle“ mitzutheilen, daß der Kaiser gewillt sei, zu einem **Ankauf der Häuser an der Schloßfreiheit** behufs Niederlegung derselben die Summe von fünf Millionen Mark aus seiner Privatschatulle anzuweisen. Wenn es auch Thatsache ist, daß der Kaiser sich schon seit Jahren in lebhaftester Weise für eine Freilegung der Westseite des königl. Schlosses interessirt, so dürfe denn doch die Mittheilung des Hamburger Blattes jeder thatsächlichen Unterlage entbehren. Von einem Entschluß des Kaisers in der angedeuteten Richtung, so schreibt hierzu die „Voss. Ztg.“, ist nie das Mindeste bekannt geworden, wiewohl gerade im Herbst des vergangenen Jahres Gelegenheit vorhanden gewesen wäre, diesen Entschluß zu äußern und durch denselben den Bemühungen von Privatpersonen, welche die Mittel zum Ankauf und zur Niederlegung der Häuser beschaffen wollten, eine kräftige Unterstützung zu verleihen. Soviel wir wissen, gelangte die Kenntniß von diesen Bemühungen auch in das Kaiserliche Kabinet und bis zu den Ohren des Kaisers. Bei dieser Gelegenheit ist von irgend welcher Betheiligung der Kaiserlichen Privatschatulle, wie gesagt, nicht die Rede gewesen. Als dann der Reichstag den Beschluß faßte, Kaiser Wilhelm I. ein Nationaldenkmal zu setzen und unter den möglichen Standorten auch die erweiterte Schloßfreiheit aufnahm, unterblieben weitere Schritte jener Privatpersonen. Das ist die Sachlage. Wird die Schloßfreiheit

Berliner Brief.

Von Otto Felsing.

Berlin, 1. November.
(Nachdruck verboten.)

Wie die Theater- und Konzert-Unternehmer, beeifern sich jetzt, trotzdem gerade erst vor einigen Tagen die „große akademische Kunstausstellung“ geschlossen worden ist, auch die Kunstsalons mit „Herbst-Ausstellungen“ herauszukommen oder doch wenigstens Bilder von hervorragenden Künstlern auszustellen. Ich nenne von ihnen nur die recht hübsche „permanente Ausstellung des „Vereins der Berliner Künstler“, ferner die Ausstellung eines neu entdeckten **Murillo** (Madonna), von dem es mir persönlich sehr viel zweifelhafter als dem Entdecker und Besitzer scheinen will, ob dieser Murillo auch in der That von des spanischen Meisters Hand gemalt worden ist; sodann wäre zu erwähnen, daß die trefflich geleitete Schultesche Kunst-Ausstellung Unter den Linden zur Besichtigung der bei ihr neu angekommenen großen und kleinen Bilder hervorragender Künstler eingeladen hat und last not least, daß kürzlich Herr Gurlitt uns invitirt hat, zwei in seinem anheimelnd ausgestatteten Kunstsalon neu aufgestellte Böcklins (Herr Gurlitt ist ja Spezialist in Böcklin-Gemälden!) in Augenschein zu nehmen. Ich muß gestehen, daß ich dieser letzteren Einladung wegen Ueberhäufung mit anderen Berufspflichten noch nicht habe nachkommen können. Dafür kann ich aber meinen verehrten Lesern und schönen Leserinnen von einem Bilde Kenntniß geben, das zu den herrlichsten Hervorbringungen der deutschen Landschaftsmalerei gehört, wenngleich es ein ganz einfaches, ja man könnte sagen alltägliches Sujet behandelt. Um Ihnen von vorn herein den Künstler zu bezeichnen, unter dessen Pinsel es hervorgegangen ist, nenne ich Ihnen den Namen keines Geringeren als den des Professors Scherres, des Malers also, dessen wunderbares Ueberschwemmungsbild in der Nationalgalerie in einem selten so gut zu findenden Farbendrucke in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet ist und in wenigen Tagen in einer ganz vortrefflichen Radirung im Kunsthandel erscheinen wird. Das neue Bild, von dem ich Ihnen berichten möchte, stellt eine Abendlandschaft in der Nähe des Bades Oeynhausen vor. Ich glaube wohl ohne allzugroße Indiskretion verrathen zu dürfen, daß der Künstler dieses Bild während eines Badeaufenthalts malte, den er um seiner Gattin, der ausgezeichneten Pianistin **Flora Friedenthal-Scherres** willen, in jenem westfälischen Quellstädtchen hat nehmen müssen. Nun, diese Badereise hat sich gelohnt, und zwar nicht nur für diejenigen, die sie unternahmen, sondern auch für die Freunde echter Kunst. Frau Friedenthal-Scherres ist nach langer schwerer Krankheit ihrer gemüthbezaubernden Kunst wiedergegeben und ihr Gatte erfreut, nein entzückt die Kunstwelt mit seinem neuesten Bilde. Es liegt auf diesem ein feines, die Contouren noch erkennen lassendes, aber doch weich umhüllendes Nachtdunkel. Vor uns dehnt sich schweigend eine Ebene, in Wiesen und Feldern sich hinstreckend, bis an den Fuß eines Höhenzuges, des Wesergebirges. Im Vordergrund führt ein schwanker Steg über einen schmalen, schilfumsäumten Graben, gefüllt von einem den bleigrauen Himmel widerspiegelnden Wasser, wie es eben nur der Wassermaler Scherres auf die Leinwand zu zaubern vermag. Man meint, die Hand eintauchen zu können, so natürlich ist das Wasser gemalt! Links davon erheben sich einige einfache Fachwerkhäuser, aus denen das röthliche Licht der Lampe in die Dunkelheit hinausstrahlt und ein lebendiges, durch seine Gegensätzlichkeit zur ringsum herrschenden Nachtruhe erquickendes Element in das Bild hineinbringt. Wäre nicht dieses röthliche Licht und flatterten nicht hoch oben von den Bergen her ein Paar heimkehrende Raben . . . . die über das Bild gebreitete reglose Nachtruhe würde ihm das Gepräge bedrückender Einsamkeit und Weltverlorenheit geben. — Ueber das sanfte und doch kräftig wirkende, nie ins Weichliche verfallende Kolorirt dieses Künstlers brauche ich mich bei Gelegenheit der Besprechung seines neuesten Werkes nicht zu verbreiten, denn es ist aller Welt bekannt; und ebenso bekannt ist die außerordentliche Delikatesse, die feine Abtönung der Farben zu einander, die ungemeine, sich aber niemals aufdrängende Sorgsamkeit der Zeichnung. — Nach alledem habe ich wohl keine weiteren Beweise für mein Endurtheil anzuführen: daß wir hier ein Meisterwerk vor uns haben, das den Künstler auf der Höhe seines Schaffens zeigt! Was ich aber doch noch betonen möchte, ist, daß man es diesem Bilde, je mehr man es betrachtet, desto schärfer ansieht, mit welcher Liebe zur Natur und mit welcher Liebe zu seiner Kunst sein Urheber es gemalt hat.

Dieses Letztere ist leider bei dem Bilde eines anderen Künstlers, der schon in jungen Jahren einen großen Namen hatte, anscheinend nicht mehr so sehr der Fall, wie ehedem, und noch viel weniger könnte man behaupten, daß die vor keiner Mühe, vor der allerernstesten Arbeit auch in Kleinigkeiten nicht zurückschreckende Sorgfalt, wie sie Prof. Scherres an jedem, auch dem winzigsten Werke übt, sich bei jenem andern Künstler bis auf den heutigen Tag erhalten habe. Ich schrieb Ihnen schon bei Gelegenheit meiner leider nur allzukurzen Besprechung der „akademischen Kunstausstellung“, daß Professor Schuch ein riesiges Reiter-Portrait Kaiser Friedrichs ausgestellt habe — Sie erinnern sich: das Pferd stand wie festgewurzelt auf Wolken, in der Nähe jedes Pferdefußes befand sich ein Palmen tragender Adler, und der Kaiser blickte mit Augen gen Himmel, die unverkennbare Aehnlichkeit mit den auf Stielen sitzenden Augen der Krebse hatten! Ich bemerkte Ihnen dabei, daß das Gerücht ging, der Künstler habe dieses und noch zwei andere Kaiserbilder für die Nationalgalerie malen sollen, und es sei ihm für jedes das nette Sümmchen von 30 000 Mark zugesichert worden. Daß ich meinem Zweifel an der Wahrheit dieses Gerüchtes Ausdruck gab, daß ich mein aus der Qualität dieses Bildes hergeleitetes Bedauern ausdrückte, für den Fall, daß wir es mit mehr als einem Gerüchte zu thun haben sollten, wird Ihnen vielleicht auch noch in Erinnerung sein. Dieser Tage nun erfuhr ich, daß in der That eine Abmachung der gedachten Art zwischen dem Direktor der Nationalgalerie Geheimrath Jordan und dem genannten Künstler bestanden hatte, daß sich Herr Jordan aber, nachdem er dieses Bild gesehen, geweigert hätte, es für die Nationalgalerie anzunehmen, ja es sogar verweigert hätte, auch die anderen beiden Kaiserbilder im Atelier des Künstlers in Augenschein zu nehmen, vielmehr die wahrscheinlich doch nicht so ganz feste und unverbrüchliche Abmachung mit Herrn Schuch für null und nichtig erklärt habe! — Daß dies den Künstler tief getroffen, wäre nur zu leicht zu verstehen; aber eben so leicht wäre auch das Verfahren des Direktors der Nationalgalerie zu begreifen. Was aus der Angelegenheit werden wird, ist zur Stunde noch nicht zu sagen; nur soviel kann vorläufig mitgetheilt werden, daß Herr Schuch in seinem Grimm über Herrn Jordan die Unvorsichtigkeit begangen hat, sich unter Außerachtlassung des vorgeschriebenen Weges mit einem Briefe direkt an den Kaiser zu wenden und damit nur den Erfolg erzielte, daß ihm überhaupt keine Antwort zuging! Er hat also weder auf sein wiederholtes dringendes Schreiben an Herrn Jordan, noch auf seinen Brief an den Kaiser auch nur eine Zeile der Erwiderung empfangen. Soviel für heute von den Werken der bildenden Kunst und ihren Urhebern.

Was das Theater anbetrifft, so muß man sagen, daß die neue Saison gerade jetzt einen springfluthartigen Charakter annimmt. Waren doch allein für den morgigen Sonnabend nicht weniger als vier Novitäten angezeigt! — Reden wir jedoch für heute nur von dem, was hinter uns liegt! Es kommt da hauptsächlich in Betracht das neueste Schauspiel von **Hugo Lubliner** (Hugo Bürger); denn über das am vorigen Sonnabend im Residenztheater mit gutem Erfolge aufgeführte französische Lustspiel: „Die Schwiegermama“ brauche ich Ihnen wohl nichts mehr zu schreiben, da Sie sich zweifellos schon von anderer Seite über Stück, Aufführung und Erfolg orientirt haben werden. Lubliners Schauspiel ist im Königl. Schauspielhause gegeben worden. Der Ort der Aufführung ist für die Interessenten des Theaterlebens deshalb nicht ohne Bedeutung, weil dieser Autor und das königliche Institut seit einer Reihe von Jahren entzweit waren und Lubliner während der Zeit seine neuen Stücke im „Deutschen Theater“ aufführen ließ. Es wäre vielleicht für dieses Stück besser gewesen, wenn es gleichfalls im „Deutschen Theater“ gespielt worden wäre; nicht daß dies letztere durchweg bessere Kräfte als die Königl. Bühne hätte, sondern weil die Künstler des Schauspielhauses unter dem neuen Direktor Dr. Devrient über-

wirklich als Standort des Denkmals ausersehen — wenigstens wird dem Vernehmen nach die Denkmalskommission dem Reichstag eine Vorlage unterbreiten, welche das Ausschreiben einer neuen, vielleicht engeren Wettbewerbung unter Zugrundelegung der Schloßfreiheit verlangt — so würde auch, falls der Vorschlag der Kommission in pleno Zustimmung fände, das Reich die Kosten des Häuser-Erwerbes selbstverständlich übernehmen.

— Der demnächst erscheinende dritte Band der Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha enthält u. A. einen Aufsatz über den Fürstenkongreß zu Frankfurt. Das November-Heft der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht diesen Aufsatz schon jetzt. Wenn sich der Verfasser indessen dem Glauben hingegeben hat, besonders wichtige Mittheilungen zu machen, welche sich bisher der Oeffentlichkeit entzogen, so ist er wohl im Irrthum. Alle wesentlichen Thatsachen — denn die Einzelheiten über allerlei kleine und kleinliche Anträge, Meinungen, Kundgebungen, besonders auch über die persönlichen Schicksale des Herzogs von Koburg, erscheinen uns vollkommen unwesentlich — sind auch bisher bekannt gewesen. Die Urtheile, welche der Herzog wiederholt über Herrn v. Roggenbach und dessen Druckschriften abgiebt, sind nicht ganz unbefangen. Auch aus der Darstellung des Herzogs ergiebt sich unzweifelhaft, daß der Großherzog von Baden unter dem Einflusse seines Ministers Roggenbach eine weit klarere und zielbewußtere, dem deutschen Interesse dienlichere Haltung beobachtet hat als der Herzog von Koburg, der es für „selbstverständlich ausgeschlossen“ erklärt, ein Schreiben an den König von Preußen, das ihm durchaus nicht gefällt, nicht zu unterzeichnen, es ebenso als „wohl unmöglich“ bezeichnet einen förmlichen Protest gegen Majoritätsbeschlüsse zu Protokoll zu geben, nachdem der Kaiser von Oesterreich gesprochen hatte, und — obwohl „ein stiller Vorbehalt“ bei jeder Abstimmung vorhanden war. Wenn der Herzog berichtet, man habe ihm seine „demokratischen Gelüste“ vorgeworfen, so kann diese Auslassung heute wohl nur Heiterkeit erregen, zumal der Herzog das allgemeine Wahlrecht durch Delegirte aus den Einzelparlamenten ergänzen und den mediatisirten Standesherren einen „Antheil an einer Kuriatstimme“ zugestehen wollte, was er durch Rückgriffe auf die Zeit vor dem Rheinbunde begründen zu müssen glaubte. Das wird Herr v. Roggenbach allerdings nicht gethan haben. Ueberhaupt ist der ganze Bericht des herzoglichen Verfassers ein Zeichen der kaum glaublichen Harmlosigkeit deutscher Fürsten hinsichtlich der deutschen Dinge, deren Lösung mit Blut und Eisen sich damals vorbereitete. Die Politik des Fürsten Bismarck kann keine bessere Rechtfertigung erhalten, als durch die Mittheilungen über die Vorstellung, welche deutsche Duodezfürsten, nicht blos solche, die inzwischen entthront sind, von sich hatten. Das lernt man aus den Mittheilungen des Herzogs, mehr als er gewollt hat. Anscheinend ist ihm auch unbekannt, daß Herr v. Bismarck nach dem Fürstentage eine besonders warme Danksagung an — Herrn v. Roggenbach richtete. Im Uebrigen ist der Stil der Denkwürdigkeiten unangenehm manierirt; auffällig erscheint die Hingebung an den Kaiser von Oesterreich, die so hochgradig ist, daß sie in der Fassung der Briefe kaum noch einen regierenden Souverän verräth. Einige Bemerkungen über Königin Viktoria und den früheren Kronprinzen werden leicht mißverstanden werden.

— Das deutsche Emin Pascha-Komite hat, nach Meldung Berliner Blätter, am 30. Oktober unter Vorsitz des Staatsministers v. Hofmann eine Sitzung abgehalten, in welcher unter Anderen der Abgeordnete v. Bennigsen und die Afrikareisenden Schweinfurth und Reichard anwesend waren. Namens des Ausschusses berichtete der Vorsitzende über den Fortgang des Unternehmens seit der letzten Komitesitzung. Dr. Peters hat seinen Marsch am Tana aufwärts trotz großer Schwierigkeiten fortgesetzt und war, seinem letzten vom 8. September datirten Berichte zufolge, damals noch drei Tagemärsche von Massa entfernt, wohin er am nächsten Tage aufbrechen wollte, um in der Richtung nach dem Keniagebirge weiter vorzudringen. Hauptgegenstand der Berathung war die Stellungnahme des Emin Pascha-Komites gegenüber den Nachrichten über den Anmarsch Emin Paschas. Die erste Meldung hierüber von Hauptmann Wißmann hatte noch Zweifeln Raum gelassen, in Folge dessen hatte sich Professor Schweinfurth telegraphisch nach Zanzibar gewendet und die Antwort erhalten: „Nachricht glaubhaft, Emins Brief in Wißmanns Händen.“ Unter solchen Umständen beschloß das Emin Pascha-Komite einstimmig, so schnell als möglich Nachricht an Dr. Peters zu senden, daß er den Weitermarsch der Expedition nach Wadelai aufgebe. Ueber die weiter beabsichtigten Maßnahmen ist im Interesse der Sache Geheimhaltung beschlossen worden. — Die der Sachlage entsprechenden Weisungen sind unverzüglich an Dr. Peters erlassen.

— Die Aufhebung der Schutzherrschaft über Deutsch-Südwestafrika für den Fall, daß der Verkauf des Gebiets der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika an die englische Gesellschaft die Genehmigung des Reichskanzlers erhält, wird jetzt auch in einem offiziösen Artikel des „Hamburgischen Korrespondenten“ angekündigt. Bei jeder Schädigung der Interessen der Gesellschaft durch Eingeborene würden dieselben kommen und sagen: Schutzherr, schütze uns. Die Verwickelungen und Streitigkeiten würden kein Ende nehmen und mit einiger mala fides könnten es die Privatgesellschaften unschwer dahin bringen, dem Schutzherrn seine Hoheitsrechte aufs Gründlichste zu verleiden. Den Vertretern des Auswärtigen Amts, welche bei den Verhandlungen gegenwärtig gewesen seien, sei diese Schwierigkeit nicht entgangen. Man werde daher, wenn der Handel vollkommen wird, schwerlich auf die Aufrechterhaltung der deutschen Schutzherrlichkeit zu rechnen haben. In Kürze werde sich entscheiden, ob der Reichskanzler seine Genehmigung ertheilt. Wo die Willigkeit und Unternehmungslust des Kapitals fehle, könne auch Fürst Bismarck nichts machen.

— Nachrichten aus Samoa zufolge sollen nun auch Tamasese und dessen Häuptlinge von Dr. Stübel angeblich davon in Kenntniß gesetzt worden sein, daß sie nicht länger auf Unterstützung durch die deutschen Behörden rechnen können; sei auch das Deutsche Reich von der freundschaftlichsten Gesinnung gegen Tamasese und dessen Anhänger erfüllt, so lege ihm doch das mit den anderen Mächten eingegangene Abkommen die Pflicht auf, keine bestimmte Partei der Eingeborenen zu bevorzugen. In Sydney ist Mitte September der einstige Rathgeber und Minister des Königs Tamasese von Samoa, Hauptmann Brandeis, eingetroffen. Wie der „Frankf. Ztg.“ geschrieben wird, begiebt sich Herr Brandeis nach dem Bismarck-Archipel, wo er einen Verwaltungsposten im Reichsdienste bekleiden wird.

— Wie die „B. Pol. Nachr.“ mittheilen, sind bereits im Sommer d. J. auf den Marschallsinseln die Grundeigenthumsverhältnisse nach dem neuesten Gesetz über die Schutzgebiete geregelt worden und gegenwärtig sind Vorarbeiten im Gange, um auch weitere Erleichterungen in Bezug auf die Gerichtsorganisation und das Verfahren eintreten zu lassen. Dazu gehört namentlich eine Vereinfachung der Zustellung sowie die Einrichtung eines Schwurgerichts und Gerichts letzter Instanz in dem Schutzgebiete selbst.

Dortmund, 30. Oktober. Gegen den Bergmann L. Schröder ist, wie die „Rh.-Westf. Ztg.“ hört, die Voruntersuchung eingeleitet worden, wegen angeblicher Beleidigung des hiesigen Oberbergamts. Die Beleidigung soll enthalten sein in einer Rede des Herrn Schröder auf dem Bergarbeiter-Delegirtentage in Dorstfeld.

Dortmund, 30. Oktober. Die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter werden, wie der „Reichsbote“ meldet, demnächst ein eigenes Verbandsorgan gründen.

Aus Reuß jüngerer Linie, 30. Oktober. Die günstige Finanzlage des Fürstenthums Reuß jüngerer Linie gestattet, wie das „Leipz. Tagebl.“ hervorhebt, eine anderweite Regelung der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer, welche sowohl von der Regierung, wie vom Landtage für geboten erachtet worden ist. Die finanziellen Bedenken, welche der Ausführung bis jetzt entgegengestanden haben, sind erfreulicher Weise nunmehr beseitigt. Der verfaßte Gesetzentwurf, welcher dem jetzt in Gera tagenden Landtage vorliegt, sucht unter thunlichster Berücksichtigung der vom vorigen Landtage in der Sitzung vom 21. März 1888 gefaßten Beschlüsse eine gerechtere Vertheilung der Steuerlast hauptsächlich dadurch zu erreichen, daß für die Folgezeit die Steuer in den unteren Stufen aufgehoben oder ermäßigt, die Zahl der Stufen in der Einkommensteuer vermehrt, die Deklarationspflicht erweitert und das Verfahren in der Reklamationsinstanz verbessert werden soll.

Oesterreich-Ungarn.

* Graf Hartenau, der ehemalige Fürst Alexander von Bulgarien, der zur Zeit fern von aller Politik in Graz in Steiermark lebt, sieht sich wider seinen Willen genöthigt, mit einer öffentlichen Erklärung aus seiner freiwilligen Zurückgezogenheit herauszutreten. Eine Privatdepesche des „B. T.“ aus Graz meldet: Mit Rücksicht auf die fortwährenden Vorwürfe, welche in der russischen Presse gegen den Prinzen Alexander von Battenberg wegen dessen angeblicher Undankbarkeit gegenüber dem russischen Kaiserhause erhoben werden, erklärt der Prinz in der Grazer „Tagespost“, daß er weder vom Kaiser Alexander II. von Rußland, noch von der verstorbenen Kaiserin von Rußland, noch von dem jetzt regierenden Kaiser Alexander III., noch von irgend einem Mitgliede des russischen Kaiserhauses, noch von einer früheren oder jetzigen russischen Regierung direkt oder indirekt Unterstützungen, Jahresgelder oder Pensionen in irgend einer Form erhielt oder bezog, noch Geschenke annahm.

Rußland und Polen.

⊙ **Petersburg,** 29. Oktober. Die Russifizirung der Ostseeprovinzen wird dadurch außerordentlich gefördert, daß das deutsche Schullehrer-Seminar in Dorpat, welches 60 Jahre lang bestanden, und während dieser Zeit durch Ausbildung tüchtiger Volksschullehrer sich hohe Verdienste um die Volksbildung in den Ostseeprovinzen erworben hat, im Juli v. J. geschlossen worden ist. In das Gebäude, in welchem sich bisher dies Seminar befand, ist neuerdings eine der Stadtschulen verlegt worden, in denen der Unterricht in der russischen Sprache gegenwärtig mit vielem Eifer betrieben wird. Immermehr russische Lehrer werden an den Volksschulen und höheren Lehranstalten in den Ostseeprovinzen angestellt, und ebenso immer mehr Lehrstühle, zunächst der juristischen Fakultät, an der Universität zu Dorpat mit Russen besetzt. Mit Genugthuung sagt demnach der „Risk. Wiest.“ (das in Riga erscheinende russische Organ): „Alles strebt dahin, daß endlich das Athen in den Ostseeprovinzen völlig verschwinde“, und die „Nowoje Wrenia“ bemerkt dazu: „Vor einigen Jahren war es nicht möglich, nur anzunehmen, daß Alles sich so günstig gestalten werde und daß wir so rasch Zeugen sein werden dieser wichtigen Aenderungen im wissenschaftlichen Leben Dorpats“. — Aus Anlaß der Reform des Gerichtswesens in den Ostseeprovinzen ist in Betreff der Advokatur eine Bestimmung getroffen worden, die sich hauptsächlich auf die dortigen israelitischen Rechtsanwälte bezieht;

---

müdet, ja geradezu abgehetzt sind und in den sich häufenden Premieren, für welche stets nur eine kurze Vorbereitungszeit gewonnen werden kann, nicht die Frische und Freudigkeit, nicht die Kraft des Körpers, speziell des Organs, an ihre Aufgabe setzen können, die zu wünschen wäre. Was zunächst den Erfolg des vieraktigen Schauspiels „Der Name“ anlangt, so muß ich zu meinem aufrichtigen Bedauern die Thatsache konstatiren, daß es kaum mehr als einen Achtungserfolg erzielte. Die Schauspieler, von denen nur ein Theil seine Sache gut machte, wurden nach jedem Aufzuge ein auch zwei Mal gerufen; der Autor aber fand in dem mit unbedeutendem Zischen gemischten Applause keine Veranlassung, vor die Gardine zu treten und sich durch die üblichen Verbeugungen für die Aufnahme des Stücks zu bedanken. Das Stück hätte ein besseres Schicksal verdient, obgleich es bei ihm ganz gewiß nicht an Fehlern im Aufbau und in der Motivirung mangelt. Was ich hauptsächlich hervorheben möchte, ist die Thatsache, daß Lubliner seinem Werke eine Idee zu Grunde gelegt hat, daß er sich nicht begnügt hat, bloß eine Handlung zu schaffen, vielmehr bestrebt war, eine Idee durch die Handlung seines Stückes zu demonstriren. Diese Idee — nicht mit „Tendenz“ zu verwechseln — ist nun die, daß der Name, der ererbte, erworbene, erjagte oder verlorene Name nicht so gleichgiltig ist, wie man nach Shakespeares Wort: „what is ina name?“ oder nach Fausts Ausspruch: „Name ist Schall und Rauch“ anzunehmen pflegt. Lubliner zeigt uns die Belästigungen, denen wir durch unsern Namen ausgesetzt sind, die Lasten, welche er uns zu tragen auferlegt, die Klippen, zu denen ein erworbener Name wird, Klippen, an denen unser Lebensschiff nur allzuleicht scheitern kann; er zeigt uns ferner die Leute, welche einem lediglich durch Reklame erzeugten Namen nachjagen und ihn mit allen guten oder schlechten Mitteln erstreben; er zeigt uns, wie ein Name gemacht wird und wie ein Name verloren geht, macht uns aber auch zu Zeugen der Seelenqualen eines Weibes, das seines guten Namens ohne Grund verlustig gegangen ist nur durch Verleumdung, Verleumdung aus Leichtsinn wie Boshaftigkeit und Verleumdung aus Eigennutz. Die Handlung ist freilich durch alles das sehr verzwickt geworden; die Vielfältigkeit der Beweisführungen hat den Autor nicht dazu kommen lassen, eine rasch sich entwickelnde, folgerichtige, in allen ihren Theilen gut motivirte Handlung aufzubauen, sie hat ihn gezwungen, die Szenen, welche uns die verschiedenen Argumente ad hominem vorführen, ziemlich lose und nur äußerlich, nicht organisch verbunden, an einander zu reihen; es wäre richtiger gewesen und hätte dem Dichter zweifellos zu einem starken Erfolge, einem packenden Stücke verholfen, wenn er seine Beweisführung lediglich auf die Hauptperson des Stückes basirt hätte und so in einem freilich hart ans Tragische streifenden Konflikte dargethan hätte, was der „Name“, was der gute Ruf im Leben eines Weibes bedeutet! Dann wäre die Zersplitterung vermieden, die Handlung hätte straffer geführt werden können, und unser Interesse, das jetzt zerflattern muß, hätte sich auf eine Person, auf ein Lebensschicksal konzentrirt.

Der Autor führt uns in einen Badeort, absolut nur zu dem Zwecke, um seine Personen zwanglos zusammenbringen zu können. Trotzdem aber muß man sich bei so manchen Figuren fragen: „wie kommen die denn gerade hierher?“; zum Beispiel bei einem ehemaligen Komödianten, der seine Tochter zur dramatischen Künstlerin ausbilden will und nun, indem er einen Journalisten zwingt, sie fortwährend in den Blättern zu erwähnen, ihr einen Namen machen will. Dieser Zwang freilich, den er auf den Dr. Franz Roland (Herr Vollmer) ausübt, ist eine lächerliche Unwahrscheinlichkeit; der junge Schriftsteller hat nämlich nichts weiter gegen die Tochter des Komödianten unternommen, als daß er ihr im Theater sein Textbuch lieh und da hinein die Worte schrieb: „Essen Sie gern Hummer?“ Der Autor des Stückes will uns nun glauben machen, daß sich Roland vor der Drohung des Komödiantenvaters: „er werde ihm einen Skandal bereiten, falls er nicht darauf eingehe, als Sühne seines Vergehens der Tochter einen Namen (in den Zeitungen) zu machen,“ so fürchtet, daß er nicht nur Alles verspricht, sondern sogar die Flucht nach jenem Badeorte ergreift und zu seinem Entsetzen auch dort von Vater und Tochter dingfest gemacht wird.

Neben dieser Künstlerin, der erst ein Name geschaffen werden soll, findet sich eine gefeierte Operndiva, die einen Liebhaber hat, aber von dem Fürsten ihres Ländchens darüber aufgeklärt wird, daß dieser Liebhaber nur ihren gefeierten Namen, nicht sie selber liebe, was sich bei einem Mißerfolg auch schnell als Wahrheit herausstellt. Diese Künstlerin wird von einem Manne umworben, der sich den Namen eines Weltreisenden und ausgezeichneten Arztes durch hervorragende Thaten in seinem Fach ehrlich erworben hat. Ererbt hat seinen Namen der Fürst, welcher seines Namens respektive Standes wegen statt der gewünschten Ruhe auf ein paar Tage Belästigungen durch Ovationen und dergleichen ausgesetzt ist. Gleichfalls ererbt hat ihren Namen die alte Gräfin Waltersdorf, die so stolz auf ihn ist, daß sie alle Mittel anwendet, ihrem Sohne eine Frau zu geben, an deren Namen kein Makel haftet. Dieser Sohn nun macht einer Dame den Hof, deren Mann nur der Arbeit lebt, weil er den Namen eines eifrigen pflichttreuen Beamten sich erworben hat und erhalten will, darüber seine Frau vernachlässigt und schließlich, durch die alte Gräfin Waltersdorf aufmerksam gemacht, hinter die ganz harmlose Courmacherei des jungen Grafen kommt. Um die Entdeckung, daß die Gattin dieses Beamten zum mindesten sehr unvorsichtig in ihrem ja ganz unschuldigen Verkehr mit dem jungen Baron gewesen ist, zu vereiteln, giebt sich die Marquise von Nespola für diejenige aus, welche der junge Baron zu sprechen wünscht, wenn er der Gattin jenes Beamten, des Barons Langenberg, seine Besuche abstattet.

Die Marquise kann nun als die Hauptperson des Stückes betrachtet werden, tritt aber erst in den letzten Akten in den Vordergrund der Handlung. Sie ist es, die unter den Verleumdungen der Welt zu leiden hat, die kokett, hartherzig, leichtlebig und eine gesellschaftliche Streberin genannt wird von Allen, die sie nicht kennen und besonders von denen, welche da glauben, daß sie ihre Heirath mit dem (nun verstorbenen) alten Marquis benützen würde, um dessen Verwandten um ihr Erbtheil zu bringen. Auch der junge Graf Waltersdorf trägt ihr gegenüber eine Geringschätzung zur Schau, die sich aber in glühende Bewunderung, in heißathmige Liebe verwandelt, als er durch das Opfer, welches die Marquise ihrer Freundin bringt, von deren Hochherzigkeit überzeugt wird. Leider kompromittirt er sie absichtslos und das hat zur Folge, daß die alte Gräfin nun, um den Fehler ihres Sohnes gut zu machen, die ihr auf Grund aller zu ihr gedrungenen Gerüchte herzlich unsympathisch, ja verhaßt gewordene Marquise veranlassen möchte, der Bewerbung des Sohnes Gehör zu geben. Die Marquise fühlt, daß dies nur eine dem Stolze der Gräfin abgerungene Genugthuung sein würde; sie will aber nicht dem Mitleid ihr künftiges Lebensglück verdanken, sie will in Liebe von der Mutter ihres künftigen Gatten als Tochter empfangen werden, in der Liebe und Achtung, die sie bisher zu ihrem Schmerze hat entbehren müssen. — In einer großen, leidenschaftlichen Szene führt uns der Autor vor Augen, wie die Vorurtheile der alten Gräfin besiegt werden; sie schließt die Marquise liebend in ihre Arme und der junge Graf wie die Marquise „kriegen sich.“ — Der Herzog, welcher von der ersten bis zur vorletzten Szene durch das Stück spaziert, scheint nur die Aufgabe zu haben, den guten Freund und aufrichtigen Berather aller übrigen Personen abzugeben; und ebenso hat eine vielwortige Rolle, die des Geheimpolizisten Bob, keinen organisch mit der Handlung zusammenhängenden Daseinszweck. Es fehlt überdies in dem Stücke an einer Motivirung für die Seelenqualen, an denen sich die Marquise förmlich windet, wenngleich sie viel über die ihr angethane Schmach zu reden hat; es fehlt schließlich in einer Motivirung, weshalb sich der Herzog überall einmischt. Rechnet man hierzu die lockere Verbindung der einzelnen Szenen, so sieht man, was in Bezug auf den Bau des Schauspiels einzuwenden wäre. Es muß aber hinzugefügt werden, daß das Stück in vielen kleinen Zügen, wie in der Charakterzeichnung (im allgemeinen) die Hand eines Meisters zeigt, es muß betont werden, daß die Diktion trotz ihres etwas didaktischen Charakters, der sich in einem (freilich nicht viel Neues bringenden) Sentenzenreichthum offenbart, reizvoll ist und gegenüber der Diktion in den früheren Stücken Lubliners die fleißig feilende Hand eines vorwärts strebenden Autors erkennen läßt.

danach hat der Justizminister das Recht, zu entscheiden, welche von den bisherigen Rechtsanwälten in die Liste der vereideten Advokaten bei den dortigen Gerichten aufgenommen werden können; ebenso hängt es von der Entscheidung des Ministers ab, welchen Rechtsanwälten in anderen Provinzen die Erlaubniß gewährt wird, bei den Gerichten in den Ostseeprovinzen Vertheidigungen zc. zu übernehmen.

× **Warschau**, 31. Oktober. Vorgestern wurde in der hiesigen russischen Kathedrale aus Anlaß der **Eisenbahn-Katastrophe bei Borki (31. Oktober v. J.)**, bei der bekanntlich das Leben des Kaisers und dessen Familie in wunderbarer Weise bewahrt blieb, vom Erzbischof Leontius ein feierlicher Dank-Gottesdienst abgehalten, welchem sämmtliche Spitzen der Behörden beiwohnten. — Wie die „Birz. wied." mittheilen, arbeitet gegenwärtig das Finanzministerium ein Projekt aus, welches sich auf die **Verstaatlichung der Warschau-Bromberger, Warschau-Wiener und Warschau-Terespoler Eisenbahnen** bezieht. Die letztere von diesen Bahnen geht ostwärts von Warschau ab und findet ihre Fortsetzung in den Bahnen, die nach Moskau führen. Der Finanzminister hat sich mit dem Vorschlage des Verkehrsministers in Betreff des projektirten Ankaufs der genannten Eisenbahnen für den Staat im Prinzip einverstanden erklärt; der Ankauf der Warschau-Terespoler Eisenbahn wird voraussichtlich bereits im Jahre 1891 erfolgen. Da nämlich die Konzession dieser Bahn mit der Bedingung ertheilt worden ist, daß nach Ablauf von 20 Jahren seit Eröffnung der Bahn der Staat berechtigt sein soll, zu jeder Zeit dieselbe anzukaufen und im Jahre 1867 die Bahn eröffnet worden ist, so ist die Frist demnach bereits seit zwei Jahren abgelaufen. Die genannte Bahn hat wegen der Zweigbahnen, die sich an dieselbe schließen und eine Verbindung mit Brzesc, Wilna und Ronowo herstellen, für den Staat eine hervorragende wirthschaftliche, politische und strategische Bedeutung.

Lokales.

Posen, 2. November.

u. **Einführung.** Der Lehrer Beisitzer aus Wilda ist an die vierte Stadtschule hierselbst berufen und vor einigen Tagen in sein neues Amt durch den Rektor Lehmann eingeführt worden.

* **Personalnachrichten im Bereich des Eisenbahndirektionsbezirks Bromberg.** Abgang zu anderen Verwaltungen: Regierungs- und Baurath Richter, ständiger Hilfsarbeiter beim königlichen Eisenbahn-Betriebsamt in Stettin z. Z. in Serbien, ist nach Harburg versetzt unter Verleihung der etatsmäßigen Stelle eines ständigen Hülfsarbeiters beim dortigen Betriebsamt. Ausgeschieden: Bahnmeister Preul in Brahnau. Ernannt: Betriebssekretär Fiedler in Schneidemühl zum Eisenbahnsekretär; Bureauassistent Krauel in Stettin zum Betriebssekretär. Versetzt: Stationsvorsteher 2. Klasse Seeger von Gusow nach Korschen. Die Prüfung bestanden: Die Zivil-Supernumerare Herrmann, Kahnert, Nagel und Spreu, sowie Bureauaspirant Hecht in Bromberg zum Betriebssekretär.

* **Für Militär-Anwärter.** Jeden Freitag erscheint ein Verzeichniß von Stellen, welche an Inhaber von Zivil-Versorgungsscheinen zu vergeben sind, dasselbe kann täglich von 9 bis 1 Uhr im Haupt-Melde-Amt am Kanonenplatz eingesehen werden.

* **Verein junger Kaufleute.** Auch der 2. Vortrag, welchen Professor Dr. Geiger aus Berlin gestern im Verein junger Kaufleute hielt, war sehr stark besucht. Wie vorgestern, so lauschten auch gestern über 400 Personen den hochinteressanten Ausführungen des Redners. Er sprach über: „Die französische Revolution und die deutsche Literatur". Dem an Material sehr reichen Vortrage entnehmen wir Folgendes: Aus Anlaß der Säkular-Feier der französischen Revolution werden unsere Blicke wieder mit erhöhtem Interesse auf jenes großartige Ereigniß gelenkt, und unwillkürlich drängen sich dem beobachtenden Deutschen die Fragen auf: „In wieweit hat die Revolution in Frankreich die deutsche politische Lage umgestaltet", und „Wie hat die französische Revolution auf die deutsche Literatur in ihrer Ganzheit oder in ihren einzelnen Theilen gewirkt?" Namentlich über letztere Frage ist eine große Zahl von Schriften und Aufsätzen erschienen, von denen Redner eines in der „Deutschen Rundschau" erwähnte, der manches Interessante enthalte, ihn aber doch nicht ganz befriedige. — Nun schilderte Herr Geiger die Stimmung in Deutschland vor Eintritt der Revolution. Sehen wir uns die politische Tagesliteratur jener Zeit an, so müssen wir über die Armuth an politischem Inhalt erstaunen. Nehmen wir z. B. die „Vossische Zeitung" aus dem Anfange des Jahres 1789, welche damals dreimal in der Woche erschien, zur Hand, so finden wir noch keinen Hinweis auf das große Ereigniß in Frankreich, das sich bereits vorbereitete. Nachrichten aus Frankreich standen an ganz versteckten Stellen hinter alltäglichen, nur Wenige interessirenden Nachrichten über Unglücksfälle zc., und waren so gehalten, als gingen sie nur die Franzosen, speziell die Pariser an. Man wußte aber doch, daß die politische Gährung Furchtbares zeitigen werde, und gab es daher zwei Hauptgedanken, von welchen die Deutschen eingenommen waren. Der erste Gedanke, welcher eine große Menge bewegte, war der an die vergangenen herrlichen Tage des einst großen Deutschlands. Die Dichter, welche dieser Gedankenrichtung angehörten, nahmen ihren Stoff auch nur aus der Vergangenheit, sie hofften von der Gegenwart und Zukunft nichts. Die zweite Gedankenrichtung, welcher ebenfalls viele Dichter angehörten, war die Freiheitssehnsucht. Die Anhänger derselben sahen kein bestimmtes Objekt, sondern hatten nur ein dunkles, unklares Gefühl, dem sie in dem Schlagwort „Freiheit" Ausdruck gaben. Aber es gab auch fein beobachtende, geistvolle Schriftsteller, welche das Unklare und Verschwommene dieser Gedankenrichtungen erkannten und befehdeten. Zu den Bekämpfern der ersten Richtung gehörte unser Schiller, welcher in einer weniger bekannten philosophischen Schrift das patriotische Gefühl für die Vergangenheit ein kindliches und sogar kindisches nannte. Zu den lebhaftesten Gegnern der zweiten Richtung gehört Peter Sturz; er bekämpfte die Freiheitssehnsucht als etwas, das nie in Erfüllung gehen werde.

Nun trat das große Ereigniß mit elementarer Gewalt ein, und es erschien allsogleich eine Hochfluth von Zeitschriften, welche die Revolution zum Gegenstand ihrer Betrachtungen machten. Besonders erwähnt seien die Zeitschriften „Frankreich" und „Deutschland", welche von dem Kapellmeister Reichardt herausgegeben wurden. Sie sangen das Lob der Revolution aufs Eifrigste und priesen sie als den Völkerfrühling. Aber es gab auch eine große Zahl von Zeitschriften, welche die Revolution zu etwas ganz Ungeheuerlichem stempelten und die Deutschen vor derselben auf das Entschiedenste warnten. Zu diesen Schriften gehört der „Revolutionsalmanach", welcher von 1792–1803 herausgegeben wurde. In demselben sind Gedichte, Anekdoten, historische Geschichten enthalten, welche sämmtlich den Zweck haben, das Publikum davor zu warnen, die Revolution als Mittel zur Erstrebung der Freiheit zu betrachten. Diese Zeitschriften vertreten jedoch nur immer die Ansicht eines Einzelnen, der selbst die Schrift herausgab und redigirte. Und oft waren diese Leute ziemlich unbedeutend.

Redner theilt die damals lebenden Dichter in Bezug auf ihre Stellung zur Revolution in 5 Klassen ein; zur ersten Kategorie gehören diejenigen, welche der Revolution feindlich gegenüber stehen; sie sehen in derselben nur eine Schmach und Schande für die ganze Welt. Die zweite Klasse besteht aus solchen Dichtern, welche, zuerst geblendet, allem zujubeln, was in Paris geschieht, aber durch die Ermordung des Königs und die schrecklichen Greuel zur Besinnung gebracht werden. Sie sind ehrlich genug, ihre geänderte Ansicht offen einzugestehen. In der dritten Klasse sind die ruhigen Denker, welche die fremde Bewegung als ein psychologisches Problem, als ein großes Naturschauspiel betrachten, weiter aber keine Empfindung dafür haben. Zur vierten Klasse gehören die wahrhaften Politiker, welche dem Laufe der Ereignisse mit größter Spannung folgen und abwägen, welche Folgen die Revolution haben werde. Die fünfte Klasse endlich besteht aus den Schwärmern, welche meinen, die goldene Freiheit winke, der Völkerfrühling sei angebrochen.

Der Vertreter der ersten Klasse ist der alte Vater Gleim, der Dichter herzerquickender froher Lieder. Er war siebzig Jahre alt, als die Revolution ausbrach und konnte sich für dieselbe nicht begeistern. Die Frage: „Ist Aufklärung oder Dummheit die Ursache der Revolution", beantwortete er mit: „Die Dummheit!" Dieses Thema varirt er von 1789 bis zu seinem im Jahre 1803 erfolgten Tode. Ein bekanntes Gedicht, welches von seiner Gesinnung beredtes Zeugniß ablegt und „Des états generaux" betitelt ist, wird theilweise vom Redner zitirt. Die zweite Klasse vertritt der große Klopstock, der Sänger des „Messias". Er war 65 Jahre alt, als er von der Revolution hörte; aber auf ihn machte sie einen ganz anderen Eindruck, als auf Gleim. Mit jugendlicher Begeisterung erwärmte er sich für die Ideen der Revolutionäre und pries die Revolution selbst in feierlich getragenen Gedichten. Viele Jahre hindurch blieb er dieser Gesinnung treu. Ihm wurde, wie vielen anderen großen Männern, von der Nationalversammlung in Paris das Bürger-Diplom verliehen. Endlich aber wird er doch anderer Meinung; er sieht ein, daß von der Revolution die Freiheit nicht zu erwarten sei; denn die Einengung und gewissermaßen auch die Bedrückung wurde bei uns nur größer, um das Volk vor der Revolution zu schrecken. Klopstock klagt nun; aber er zürnt nicht, sondern hofft auf bessere Zeiten.

Goethe steht als Vertreter der 3. Klasse der Revolution kühl gegenüber. Er betrachtet sie als ein Problem, das nicht sein Gefühl beschäftigt, verdammt aber die Menge, welche die Revolution heraufbeschworen hat. In einer Reihe von Dramen sucht er letztere zu betrachten oder wenigstens in deren Hintergrund zu stellen. In „Die Aufgeregten" zeigte er, daß die Revolution, wenn sie wirksam sein soll, nicht von der Menge, sondern vom Throne aus geschehen muß, d. h. der Monarch müsse selbst auf Rechte aus eigener Initiative verzichten. In der „Natürlichen Tochter", wie sie freilich nicht vorliegt, sondern als große Trilogie geplant war, wollte Goethe die Entstehung, den Verlauf und das Ende der Revolution zeigen. Aus dem Plane dieser Trilogie gehe hervor, daß er Politiker nicht gewesen ist.

Die vierte Klasse vertritt Wieland, der Dichter des „Oberon". Wer ihn nur für einen Dichter leichtfertiger und sinnlicher Poesien halte, thue ihm bitter Unrecht. Aus seinem Briefwechsel mit seinem Schwager, dem Philosophen Reinhold, geht unzweifelhaft hervor, daß Wieland ein wahrer und klarblickender Politiker gewesen ist. Er ist von dem Eintritt der Revolution sehr befriedigt und hat seine Gesinnung wiederholt zum Ausdruck gebracht. Einer ganz erheblichen Zahl von Broschüren sind nur Wielandsche Gedanken über die Revolution zu Grunde gelegt; einige befehden, andere vertheidigen Wielands Ansichten. Eine besonders erwähnenswerthe Schrift, die wie viele andere, anonym erschien, ist „Freimüthige Gedanken" betitelt. In derselben wird gesagt, daß der Adel auch fernerhin, jedoch ohne Vorrechte bestehen könne; der Verfasser verlangt aber die Abschaffung der Lehnrechte und der Frohn und die Abstellung der Jagd-Mißbräuche; denn das Wild thät an den Feldern der Bauern ganz immensen Schaden. Endlich verlangt er Verminderung der Abgaben und des stehenden Heeres.

Der Vertreter der 5. Gruppe ist der bekannte Schriftsteller Joachim Heinrich Campe, welcher sich durch seine Jugendschriften, besonders durch den Robinson, durch seine pädagogischen Arbeiten, sowie durch ein dickleibiges Wörterbuch einen Namen gemacht hat. Als die Revolution ausbrach, ging er sogleich nach Paris, um selbst an Ort und Stelle zu schauen, daß endlich der Völkerfrühling anbreche, daß endlich die ersehnten Tage der Freiheit kommen. Die Briefe, welche er von dort aus an seine Gattin schrieb, sind denn auch voll Schwärmerei. Ein anderer Schwärmer ist Georg Forster, welcher in Mainz die Revolutionsbewegung mitgemacht hatte und in dieselbe hineingezogen wurde.

Worin äußerten sich nun die Wirkungen und welches waren die literarischen Erfolge der Revolution? Die Wirkung derselben war eine großartige. Der allerkonservativste Mann findet, wenn er auf die Zeit vor der Revolution zurückblickt, daß er gegen damals jetzt eine ganz freisinnige Gesinnung hegt. Zunächst war eine Wirkung der Revolution, daß politisches Denken zur Tagesordnung wurde. Dann verstummte ferner jenes von den Stollbergs angestimmte Freiheitsgewinsel; es zog dafür aber das Bewußtsein der Freiheit in die Herzen der Dichter ein. Vor der französischen Revolution gab es Viele, die sich schämten, Deutsche zu sein, und sich lieber Franken nannten. Jetzt trat auch in Bezug auf diese Denkungsweise ein vollständiger Umschwung ein, es war das Nationalbewußtsein gestärkt worden.

u. **Der Allerseelentag**, welcher heute von der katholischen Kirche begangen wird, ist für dieselbe bekanntlich ein Tag von hoher Bedeutung. Schon gestern Nachmittag fand in sämmtlichen katholischen Kirchen nach der gewöhnlichen eine Seelen-Vesper statt. Nach Beendigung derselben begaben sich die katholischen Christen in großen Schaaren nach den verschiedenen Kirchhöfen unserer Stadt. Ganz besonders stark war der Andrang nach dem St. Margarethen-Kirchhofe. Auf diesem hielt ein Geistlicher in polnischer Sprache eine Predigt, in welcher er der theuren Verstorbenen gedachte. Die Grabhügel waren wohl ohne Ausnahme mit frischen Kränzen geschmückt. Auf vielen befanden sich auch kleine Lichte, welche als symbolisches Zeichen gegen Abend angezündet wurden. Heute fand um 6 Uhr früh in sämmtlichen katholischen Kirchen eine Todtenandacht statt, in welcher die „Vigilien" gesungen wurden. — Die katholischen Lehrer und Schüler sind bis 10 Uhr Vormittags vom Unterricht befreit.

* **Aus dem Polizeiberichte.** Verhaftet wurden gestern ein Bettler, 2 Arbeiter aus Gorczyn, die im angetrunkenen Zustande in der St. Martinstraße sich prügelten und dadurch einen Menschenauflauf verursachten; ein Dachdecker, welcher, ebenfalls betrunken, am Dom das Publikum belästigte und einen Mann mißhandelte; 2 Arbeiter, welche sich in das Grundstück Dammstraße 5 eingeschlichen hatten und dort anscheinend einen Einbruch verüben wollten. — Nach dem Krankenhause geschafft wurde ein Arbeiter, welcher in gänzlich hilflosem kranken Zustande auf dem Alten Markt zusammengebrochen war. — Gefunden: Ein Sack mit Handwerkszeug am Alten Markt; eine Cylinder-Taschenuhr auf der Berliner Chaussee; ein Zinskupon in der Petristraße.

Telegraphische Nachrichten.

Bern, 2. November. Durch Beschluß der Anklagekammer des Bundesgerichts sind Nicolet als Urheber des Anarchisten-Manifestes, Darbeley und Haengi als seine Gehilfen vor das eidgenössische Geschworenengericht verwiesen.

Glasgow, 2. November. In Folge eines orkanartigen Sturmes ist gestern Abend hier eine Teppichfabrik, welche in Umbau begriffen war, eingestürzt. Der neu aufgeführte Theil wurde auf den stehen gebliebenen alten Theil geworfen, in welchem gegen 140 Frauen beschäftigt waren. Man schätzt die Zahl der Todten und Verwundeten auf etwa fünfzig.

Petersburg, 2. November. Das Polenorgan „Kraj" bestätigt seinerseits die erzielte Einigung zwischen Rußland und dem Vatikan, die Wiederbesetzung katholischer Bischofssitze in Rußland betreffend, und theilt die Namen der neuernannten Bischöfe mit.

Zanzibar, 2. November. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" ist Missionar Cole, von seiner Frau und seinen Kindern begleitet, mit Hauptmann Wißmann von Mpuapua hier angekommen.

Börse zu Posen.

Posen, 2. November. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —.— L. Kündigungspreis (50er) —.—, (70er) —.—. (Loko ohne Faß) (50er) 50,20 (70er) 30,60.
Posen, 2. November. [Börsenbericht.]
Spiritus fest. (Loko ohne Faß) (50er) 50,30 (70er) 30,70.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 2. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein).

		Not. v. l.			Not. v. l.
Weizen fest			**Spiritus** matt		
pr. Novbr.-Dezbr.	182 —	181 50	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai 1890	190 25	190 25	v. **50 M.** loco o. F.	51 8	51 60
Roggen fest			„ Novbr. Dezbr.	50 60	50 50
„ Novbr.-Dezbr.	165 75	165 50	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai 1890	166 75	166 50	v. **70 M.** loco o. F.	32 30	32 10
Rüböl ruhig			„ Novbr.-Dezbr.	31 10	31 20
pr. April-Mai	61 70	62 —	„ April-Mai 1890	32 10	32 30
Hafer fester			„ November	31 50	31 60
pr. April-Mai 1890	156 —	155 —			

Kündig. in Roggen 2950 Wspl. — **Kündig. in Spiritus** 30,000 Ltr.

Deutsche 3½% Reichsa.	102 70	102 80	Russ. 4½% Bdkr.-Pfdbr.	97 70	97 75
Konsolidirte 4% Anl.	106 70	106 75	Poln. 5% Pfandbr.	62 50	62 40
Pos. 4% Pfandbriefe	100 60	100 60	Poln. Liquid.-Pfdbr.	57 10	57 10
Pos. 3½% Pfandbr.	100 25	100 25	Ungar. 4% Goldrente	87 —	86 80
Pos. Rentenbriefe	104 —	103 80	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	169 20	168 80
Oestr. Banknoten	— —	171 25	Oestr.-Fr. Staatsb. ultimo	101 80	101 80
Oestr. Silberrente	73 70	73 50	Lombarden ultimo	56 —	55 10
Russ. Banknoten	213 25	212 40	**Fondstimmung**		
Russ. konf. Anl. 1871	— —	— —	fest		

Ostpr. Südb. E. S. A.	95 50	96 90	Pos. Provinz. B. A.	117 75	117 50
Mainz Ludwigbf. dto.	127 —	127 25	Landwirthschft. B. A.	— —	— —
Marienb. Mlawka dto	65 25	67 —	Pos. Spritfabr. B. A.	96 —	98 —
Mekl. Franzb. Friedr.	164 25	164 25	Berl Handelsgesellsch	195 20	195 90
Warsch.-Wien. E. S. A.	190 —	91 75	Deutsche B. Akt.	173 2[illegible]	173 —
Galizier E. St. Akt.	81 60	82 25	Diskonto Kommandit	238 50	239 10
Russ 4% konf. Anl. 1880	93 10	93 10	Königs- u. Laurahütte	167 80	169 90
dto. 6% Goldrente	113 75	113 90	Dortm. St. Pr. La. A.	128 50	129 30
dto. zw. Orient. Anl.	65 20	65 25	Inowrazl. Steinsalz	49 90	48 75
dto. Präm.-Anl. 1866	— —	— —	Schwarzkopf	290 —	289 —
Italienische Rente	93 75	93 60	Bochumer	232 —	236 —
Rum. 6% Anl. 1880	106 60	106 50	Gruson	210 —	206 —

Nachbörse: Staatsbahn 101 70 **Kredit** 169 20 **Diskonto-Kom.** 239 80
Russische Noten 212 70 (ultimo)

Stettin, den 2. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. l.			Not. v. l.
Weizen ruhig			**Spiritus** ruhig		
Nov.-Dez. a. Usan.	181 —	180 —	**unverst.** mit Abgabe		
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	v. **50 M.** loco o. F.	50 90	50 80
April-Mai a. Usance	186 50	186 50	**unverst.** mit Abgabe		
April-Mai neue „	— —	— —	v **70 M.** loco o. F.	31 30	31 10
Roggen ruhig			pr. Novbr.-Dezbr.	30 30	30 30
Nov.-Dez. a. Usan.	160 50	160 —	pr. April-Mai	31 50	31 50
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	**Rüböl** ruhig		
April-Mai a. Usance	164 —	163 25	pr. Novbr.-Dezbr.	68 —	— —
April-Mai neue „	— —	— —	pr. April-Mai	62 —	62 —
			Petroleum behauptet	12 15	12 15

Petroleum loco versteuert Usance 1½ %.
Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 1. November, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	743	WNW	8	bedeckt	8
Aberdeen .	743	SO	7	bedeckt	9
Christiansund	755	SO	3	halb bedeckt	9
Kopenhagen .	761	SSW	2	Dunst	6
Stockholm .	764	SO	2	bedeckt	8
Haparanda .	767	S	2	bedeckt	2
Petersburg .	768	NNO	1	Nebel	1
Moskau .	—				
Cork, Queenst	751	W	4	heiter	7
Cherbourg .	757	S	4	Regen	11
Helder . .	758	S	2	halb bedeckt	5
Sylt . . .	756	WSW	5	Regen ¹)	8
Hamburg . .	761	SSW	2	heiter	5
Swinemünde	762	WSW	1	heiter ²)	5
Neufahrwasser	763	still		Nebel	6
Memel . .	764	OSO	2	Nebel	6
Paris . . .	762	SO	1	wolkenlos	2
Münster . .	762	S	2	heiter	2
Karlsruhe .	765	NO	1	wolkenlos ³)	1
Wiesbaden .	764	N	1	heiter ⁴)	2
München . .	764	NW	3	bedeckt	7
Chemnitz . .	765	W	1	halb bedeckt ⁵)	4
Berlin . . .	763	W	2	heiter ⁶)	5
Wien . . .	761	W	3	bedeckt	9
Breslau . .	762	NW	4	Regen	9
Ile d'Aix .	763	SO	4	halb bedeckt	8
Nizza . . .	760	SSW	3	wolkig	12
Triest . . .	761	still		bedeckt	15

¹) Nachts Regenböen. ²) Nachts Nebel. ³) Reif. ⁴) Reif. ⁵) Nebel. ⁶) Thau.

Uebersicht der Witterung.
Ein tiefes Minimum, nordwärts fortschreitend, liegt bei den Hebriden, stürmische Luftbewegung mit Regenwetter auf den Britischen Inseln verursachend. In Centraleuropa ist das Wetter ziemlich heiter und vielfach neblig, im Westen kälter, im Osten wärmer. In Deutschland ist seit gestern vielfach Regen gefallen, in größeren Mengen, auf Sylt und am Bodensee. **Deutsche Seewarte.**

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1. November Mittags 2,86 Meter.
„ „ 2. „ Morgens 2,90 „
„ „ 2. „ Mittags 2,90 „

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.